



Niederschrift

13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 10.06.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	bis 19:30 Uhr
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	ab 17:08 Uhr
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	entschuldigt
Herr Schubert, Mike	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Dr. Seemann für den GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Buchholz, EWP
Herr Heuer, Fraktion DIE LINKE
Herr Frerichs, Steuerungsunterstützung
Frau Strotzer, Zentrale Steuerungsunterstützung
Frau Rademacher, Rechnungsprüfungsamt
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Richter, KIS

Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 27.05.2009
- 2 Bericht des Generaldirektors Preußische Schlösser und Gärten
- 3 Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting
Vorlage: 08/SVV/0969
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 4 Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß
Vorlage: 09/SVV/0428
Fraktionen SPD, FDP/Familienpartei
- 5 Sicherung des öffentlichen Uferparks am Griebnitzsee
Vorlage: 09/SVV/0436
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere
- 6 Ankauf Ufergrundstücke am Griebnitzsee
Vorlage: 09/SVV/0468
Stadtverordnete Bankwitz, Kirsch, BürgerBündnis
- 7 Besetzung der Stelle 242 000 09 Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Führungen, Museumsservice
Vorlage: 09/SVV/0554
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1 Bericht - Bereich Wirtschaftsförderung
 - 8.2 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg, hier Bericht über die Entwicklung der Potenziale, gemäß Beschluss: 08/SVV/0992 vierteljährlicher Bericht
 - 8.3 Transparenz bei Preissteigerungen der EWP
Vorlage: 09/SVV/0567
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
 - 8.4 Termine Bürgerhaushalt 2010
Vorlage: 09/SVV/0576
Oberbürgermeister, Bereich Zentrale Steuerungsunterstützung

Protokoll:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 27.05.2009**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 10 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor,

- den Tagesordnungspunkt 4 – Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß, DS 09/SVV/0428 zurückzustellen. Hier habe der neue Vereinsvorsitzende informiert, dass sich der Verein nochmals mit der Stadtverwaltung zusammensetze und den Meinungsbildungsprozess vorantreiben wolle. Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Verständigung zu einem möglichen Zeitrahmen dafür, da die Inhalte bereits seit zwei Jahren diskutiert werden. Der Oberbürgermeister schlägt eine Rücksprache mit dem Verein und eine Information in der nächsten Hauptausschusssitzung dazu vor.

Im Weiteren bittet der Oberbürgermeister,

- den Tagesordnungspunkt 6 - Ankauf Ufergrundstücke am Griebnitzsee, DS 09/SVV/0468 im nicht öffentlichen Teil der Sitzung im Kontext mit Grundstücksankäufen zu beraten.

Unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ werde es den Bericht über die gestrige Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern geben.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt. Der Oberbürgermeister verweist anschließend auf einen um 19:30 Uhr geplanten Empfang für die Potsdamer Fußballerinnen vom FFC Turbine Potsdam als neuen Deutschen Fußballmeister. Dieser Termin sei kurzfristig anberaumt worden, um die Leistungen der Sportlerinnen zu würdigen und werde vom rbb-Fernsehen direkt übertragen. Deshalb bitte er um eine entsprechende Abarbeitung der Tagesordnung und lädt alle Hauptausschussmitglieder zum Empfang ein.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 12. Sitzung des Hauptausschusses vom 27. Mai 2009 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; die Niederschrift wird einstimmig bestätigt.

zu 2 Bericht des Generaldirektors Preußische Schlösser und Gärten

Der Oberbürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Prof. Dorgerloh und verweist auf die verabredete regelmäßige Berichterstattung zum aktuellen Entwicklungsstand der Schlösser und Gärten im Hauptausschuss.

Herr Prof. Dorgerloh bedankt sich für die Möglichkeit über Dinge berichten zu können, die sich im Bereich der Preußischen Schlösser und Gärten getan haben und noch tun werden. Er geht in seinen Ausführungen auf zusätzlich zur Verfügung stehende Investitionsmittel aus dem Bundeshaushalt ein, die insbesondere

für Vorhaben in Potsdam verwendet werden sollen sowie auf die Sanierungsprojekte, insbesondere des Neuen Palais und die Erneuerung der technischen Infrastruktur unter Minimierung des CO₂-Ausstoßes, weitere Vorhaben, wie die Schaffung von zwei Besucherzentren in Sanssouci Ost und Sanssouci West zur Erschließung zusätzlicher Besucher, auf eine eingesetzte Arbeitsgruppe „Entwicklungsplan Babelsberg“ und die Entwicklung der Besucherzahlen. Im Weiteren erläutert er das Jahresprogramm 2009 sowie Vorhaben im Rahmen „Friedrich 300“. Mit der Stadt gebe es eine enge und innige Zusammenarbeit, wie am Beispiel des Weltkulturerbetages zu sehen sei. Trotzdem gebe es noch Wünsche an die Stadt, wie z. B. Maßnahmen im Umfeld der Anlagen der Stiftung. Als Beispiel benennt er den Raum zwischen Luisenplatz und Grünem Gitter oder zwischen Neuem Palais und Bürgerbahnhof. Gute Beispiele gebe es aber auch bei Problemlösungen, wie die Radwegegestaltung; ebenso gebe es deutliche Verbesserungen und eine Entspannung der Situation bei der Durchsetzung der Parkordnung und dem Rad fahren. Hilfe der Stadt sei nach wie vor bei der Vollstreckung rechtskräftiger Bußgeldbescheide gewünscht, wobei 80 % der Fälle Ermahnungen und Hinweise seien; die Bußgeldverfahren betreffen illegales Müllabladen oder Kfz-Verkehr mitten in den Anlagen der Schlösserstiftung.

Der Oberbürgermeister bedankt sich für den Bericht und bestätigt die gute Zusammenarbeit und den jährlichen Informationsaustausch mit der Stiftung. Die Maßnahmen der Umfeldverbesserungen seien in das Paket der zu realisierenden Vorhaben aus dem Konjunkturpaket aufgenommen worden. Herr Dr. Scharfenberg bedankt sich ebenfalls für den Bericht und betont, dass es erfreulich sei, wenn Fortschritte bei dem Erhalt und der Verbesserung der Substanz vermeldet werden. Allerdings habe es eine längere Pause der Verständigung im Hauptausschuss gegeben, die zukünftig durch eine jährliche Berichterstattung ersetzt werden sollte. Die jährlichen Gespräche zwischen Stadt und Stiftung seien sicherlich hilfreich, dennoch meine er, dass Diskussionspunkte unmittelbar ausgetragen werden sollten, wie z. B. die Probleme mit der Parkordnung. Ebenso sollte die Sanierung der Allee nach Sanssouci in die Liste der Klärungen zwischen Stadt und Stiftung aufgenommen und ein Zeitpunkt für deren Realisierung vereinbart werden. Für ihn sei die Berichterstattung an der Stelle interessant, wo sich die Zusammenarbeit „verschränke“. Bezüglich der Vollstreckung der Bußgeldbescheide habe es eine Vorlage für die StVV gegeben, die aber nicht abschließend behandelt worden sei – hier frage er nach dem Sachstand. Im Weiteren wolle er wissen, welche Überlegungen es zu den Parkgebühren gebe und ob sich der freiwillige Parkeintritt bewährt habe. Frau Engel-Fürstberger fragt nach dem Stand des Radweges zwischen der Gothischen Bibliothek und dem Haupteingang am Neuen Garten und Herr Naber nach den Anteilen der Stadt sowohl dieses Radweges als auch dem am Jungferensee. Herr Prof. Dorgerloh verweist darauf, dass die genannten Wege erst einmal fahrradtauglich gemacht werden müssten. Frau Dr. von Kuick-Frenz berichtet, dass beide Radwege im Set zur Förderung beantragt wurden und für den nördlichen Weg eine Förderfähigkeit als touristische Infrastrukturmaßnahme bestätigt wurde, so dass für den Spätherbst, unter Berücksichtigung der touristischen Saison, eine Realisierung geplant sei. Für den südlichen Teil allerdings gebe es noch keine Bestätigung, hier sei man noch im Gespräch und eine Realisierung insofern abhängig von den zur Verfügung stehenden Fördermitteln.

Bezüglich des freiwilligen Parkeintritts führt Herr Prof. Dorgerloh aus, dass 80 % der angesprochenen auswärtigen Besucher diesen gern zahlen, die Zahl der Dauerparkbenutzer allerdings stagniere bzw. sogar rückläufig sei.

Für die Vollstreckung der Bußgeldbescheide sei die Stiftung bereit, 8 € je Vollstreckung zu zahlen; hier gebe es das Problem der Verjährung nach 3 Jahren, was für die ersten Bescheide ab 2010 zutreffe. Herr Exner bestätigt, dass die

Stadt dazu bereit sei, dazu aber einen formell rechtlichen Beschluss der StVV benötige. Rein verwaltungstechnisch sei das für die Stadt kein Problem, aber ein Zuschussgeschäft. Der Oberbürgermeister verweist auf die Vereinbarung, diesen Beschluss zurückzustellen. Jetzt sei es aber an der Zeit, diesen wieder aufzunehmen und eine Vorlage für die nächste Sitzung der StVV vorzulegen.

Für die Realisierung der Allee nach Sanssouci, so Frau Dr. von Kuick-Frenz, könne sie keinen Zeitpunkt nennen, weil diese nicht im Investitionsplan enthalten sei. Frau Engel-Fürstberger verweist darauf, dass auf Antrag ihrer Fraktion diese aber in das Paket der Konjunkturmaßnahmen aufgenommen wurde und mit etwas Glück daraus realisiert werden könne.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, bis wann die Gelder für die Sanierung des Neuen Palais gesichert und wie viel Investitionsmittel darüber hinaus erforderlich seien, verweist Herr Prof. Dorgerloh darauf, dass die Finanzierung bis 2017 stehe und damit die statischen Probleme im Rahmen der Sanierung des Neuen Palais gelöst seien. Der dann notwendige Anschlussbeschluss fehle aber noch, um die Verschönerungs- und Oberflächenarbeiten realisieren zu können. Die Frage von Frau Dr. Schröter, ob das vom Land zugesagte Geld auch schon fließe, verneint er. Das sei insofern misslich, da 80 % der Baukosten in Aufträge für kleine und mittelständische Unternehmen der Region gehen und das damit auch ein Thema aus wirtschaftlicher Sicht sei.

zu 3 Konzepte zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten von Contracting

Vorlage: 08/SVV/0969

Fraktion FDP/Familien-Partei

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu vorliegende neue Fassung vom 19.05.2009, deren Annahme der Ausschuss für Finanzen empfohlen habe. Herr Dr. Wegewitz bittet die Empfehlung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zu berücksichtigen und die Worte „gegebenenfalls auch“ vor „Umsetzungsmöglichkeiten“ einzufügen. Herr Exner entgegnet, dass sich diese Empfehlung auf die ursprüngliche Fassung bezogen habe und für den jetzt vorliegenden Beschlusstext entbehrlich sei.

Die neue Fassung vom 19.05.2009 wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für alle energetisch relevanten Liegenschaften ein langfristiges Konzept zur Prüfung der Verbesserung der Energieeffizienz und Umsetzungsmöglichkeiten für den Zeitraum ab 2012 erstellen zu lassen.

Das Konzept bis zum 1. Juni 2011 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 4 Erbpachtvertrag Tennisclub Rot-Weiß

Vorlage: 09/SVV/0428

Fraktionen SPD, FDP/Familienpartei

zurückgestellt

zu 5 Sicherung des öffentlichen Uferparks am Griebnitzsee
Vorlage: 09/SVV/0436
Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Dieser Antrag, so Herr Exner, wurde vor der am 28.05.09 gefällten Gerichtsentscheidung gestellt und würde zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Situation eher verschärfen. Die Stadtverordnetenversammlung habe in ihrer Sitzung am 28.05.2009 alle notwendigen Beschlüsse gefasst und deshalb empfehle er, hier nicht zuzustimmen. Herr Dr. Scharfenberg meint, dass die Grundrichtung des Antrags mehrheitsfähig sei und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Situation zurückgestellt, aber keinesfalls abgelehnt werden sollte. Der Oberbürgermeister schlägt zum weiteren Verfahren eine abschließende Verständigung in der nächsten Sitzung der StVV vor, weil dann auch die Antragsteller selbst mit anwesend seien und dazu nochmals Stellung nehmen können. Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 6 Ankauf Ufergrundstücke am Griebnitzsee
Vorlage: 09/SVV/0468
Stadtverordnete Bankwitz, Kirsch, BürgerBündnis

siehe nicht öffentlicher Teil

zu 7 Besetzung der Stelle 242 000 09 Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Führungen, Museumsservice
Vorlage: 09/SVV/0554
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle Sachbearbeiter bzw. Sachbearbeiterin Führungen, Museumsservice im Naturkundemuseum, Kennziffer 242 000 09, wird befristet für 2 Jahre mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden zur externen Besetzung freigegeben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Bericht - Bereich Wirtschaftsförderung

Der Oberbürgermeister erläutert eingangs die Situation bezüglich der Arcandor AG und die nunmehr von ihr angemeldete Insolvenz, die er betroffen zur Kenntnis genommen habe. Aus diesem Anlass habe es am heutigen Vormittag ein Gespräch mit dem Geschäftsführer von Karstadt Potsdam und dem Betriebsrat gegeben. Sowohl Geschäftsführung als auch Betriebsrat hätten in den letzten Wochen und Monaten auf die Auswirkungen einer Insolvenz aufmerksam gemacht; nicht zu letzt mit der Unterschriftensammlung, die auch von Politikern unterstützt worden sei. Ebenso habe bei Herrn Minister Tiefensee ein diesbezügliches Gespräch in Anwesenheit aller Oberbürgermeister der Städte, in denen es Karstadt-filialen gebe, stattgefunden. Auch dort sei auf die Folgen einer Insolvenz verwiesen worden, die sich in einer Verschlechterung der Handelsstruktur und der Lebendigkeit der Städte zeigen werde. Gleichermaßen gehe dieser Appell aber auch an die Eigentümer, Vermieter und Banken, zumal der Forderung der Bundesregierung nach Nachbesserungen der eigenen Aktivitäten nicht nachgekommen worden sei und die Bundesregierung deshalb keine Mittel zur Verfügung

stellen werde. Er bedauere das außerordentlich, vor allem deshalb, weil die Mitarbeiter Bereitschaft signalisiert hätten, auf Teile ihrer Lohnzahlungen zu verzichten, was in Summe 350.Mio € ausmache, die Eigentümer selbst aber nur dazu bereit waren, Mittel in Höhe von 150.Mio € zur Verfügung zu stellen. Das sei insofern enttäuschend, da hier seitens der Eigentümer Verantwortung nicht wahrgenommen werde. Der Ausgang der jetzigen Situation sei eng verknüpft mit dem Verlauf des Insolvenzverfahrens und den Ergebnissen der Gespräche mit dem Metro-Konzern. Die Bedeutung der jetzigen Situation für das Potsdamer Karstadt-Haus sei gegenwärtig nicht bekannt; die Stadt selbst habe kaum Möglichkeiten, etwas dazu beizusteuern, außer die Potsdamer aufzufordern, auch weiter bei Karstadt einzukaufen bzw. noch mehr dort einzukaufen und so die Verbundenheit mit den Mitarbeitern zu signalisieren. Ursache für die jetzige Situation seien auch die zahlreichen Einzelhandelflächen, die auf der „grünen Wiese“ errichtet wurden und die Innenstädte schwächen. Deshalb richte er den Appell an alle Entscheidungsträger, die Innenstadtverträglichkeit zusätzlicher Einzelhandelsflächen zu prüfen.

Herr Dr. Scharfenberg entgegnet darauf, dass er den zu letzt genannten Zusammenhang nicht nachvollziehen könne, denn insbesondere in Potsdam werde in den letzten 15 Jahren strickt darauf geachtet. Er meine, man müsse Verbindung zu dem Insolvenzverwalter aufnehmen und die Bedeutung des Kaufhauses für die Innenstadt deutlich machen. Der Oberbürgermeister betont, dass auch er dafür sei, alle Einflussmöglichkeiten zu nutzen, die Stadt aber nicht der handelnde Akteur dabei sei.

Anschließend erläutert Herr Frerichs an Hand visueller Darstellung die Struktur der Wirtschaftsförderung, den Wirtschaftsstandort Potsdam, die Schaffung von Rahmenbedingungen und die konzeptionelle Ausrichtung, Serviceleistungen, Projekte, Netzwerke und Kooperationen sowie Schwerpunkte 2009. Die Präsentation wurde im Anschluss an alle Mitglieder des Hauptausschusses ausgereicht und ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

In der sich anschließenden Diskussion bestätigt Frau B. Müller das zu geringe Angebot an kleinen Gewerberäumen und die sehr gute Arbeit des Gründerservices aus eigenen Erfahrungen. Herr Dr. Scharfenberg, Frau Dr. Schröter und Frau Engel-Fürstberger bedanken sich für den umfangreichen und informativen Bericht. Im Weiteren beantwortet Herr Frerichs ihre Nachfragen zum Verhältnis Gewerbeflächen und Flächen für den Wohnungsbau, dem Sachstand zum SAGO-Gelände, zur Profilierung des Zinssubventionierungsprogramms und zu konkreten Anforderungen bezüglich der Problemlösung im Holländischen Viertel.

zu 8.2 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg hier: Bericht über die Entwicklung der Potenziale gemäß Beschluss: 08/SVV/0992

Frau Dr. von Kuick-Frenz erläutert die dazu ausgereichten schriftlichen Informationen und beantwortet die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder. So bezieht sich Frau Dr. Schröter auf den im Informationsmaterial ausgewiesenen Block 23 – Friedrich-Ebert-Str. - zwischen Brandenburger Str. und Charlottenstr. – und fragt nach, ob auch für das ehemalige Kino „Melodie“ eine Umwandlung in Einzelhandelsflächen geprüft werde. Dies wird von Frau Dr. von Kuick-Frenz bestätigt, weil sich seit Jahren kein Nachnutzer für eine kulturelle Einrichtung gefunden habe. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es vor dem Hintergrund eines noch immer vorhandenen Kaufkraftabflusses darum gehen müsse, diesen in einen Zufluss umzuwandeln. Dabei dürfe man nicht außer Acht lassen, dass sich um Potsdam herum etwas tue. Im Weiteren sehe er die Einschätzung der Realisie-

rungschancen und die Darstellung der spezifischen Situation teilweise widersprüchlich, wie z. B. beim Block 23 und dem ehemaligen Kino „Melodie“. Er fragt, in welchem Zeitraum eine Umsetzbarkeit erfolgen solle bzw. die Vorhaben „abgerechnet“ und mit klaren Aussagen verbunden werden könnten. Frau Dr. von Kuick-Frenz entgegnet, dass die Darstellung der Entwicklung auch der Wunsch des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen sei, so dass bei zukünftigen Berichterstattungen eine diesbezügliche Spalte angefügt werde. Darüber hinaus bemühe sich ihr Bereich im engem Kontakt mit den Eigentümern darum, Voraussetzungen zu schaffen, wie z. B. Baurechte. In Krisenzeiten setzen das aber auch voraus, dass die Eigentümer über entsprechendes Kapital verfügen. Darüber hinaus wurde das Geschäftsstraßenmanagement ins Leben gerufen und für den Bereich Babelsberg der Zusammenschluss von Gewerbetreibenden initiiert. Darüber hinaus bemühe sich die Verwaltung, auch zusätzliche Potenziale zu akquirieren. Auf die Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger, ob die Unter-Schutz-Stellung der Post Auswirkungen auf die Einzelhandelsflächen in Babelsberg habe, entgegnet Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass sich dieser Denkmalstatus positiv auswirke.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Verwaltung eine klare Aufgabe habe und das Verabredete in einer spezifischen Frist umsetze. Herr Goetzmann betont, dass die vierteljährliche Berichterstattung nicht immer mit Veränderungen einhergehe. Je weiter der Prozess gehe, je mehr werde sich die Einschätzung und die Umsetzung differenzieren und letztlich die Bilanz vierteljährlich fortgeschrieben.

zu 8.3 Transparenz bei Preissteigerungen der EWP

Vorlage: 09/SVV/0567

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Der Oberbürgermeister verweist auf die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage und die Möglichkeit, Nachfragen zu stellen. Im Weiteren erfolgt ein Meinungsaustausch über Möglichkeiten und Formen der Darstellung von Preisänderungen durch die EWP. So betont Herr Heuer, dass die derzeitige Praxis „meilenweit“ von einer Offenlegung entfernt sei, obwohl es entsprechende Zusagen auch von Herrn Paffhausen gegeben habe. Er wünsche sich hier ein wesentlich engagierteres Vorgehen – letztendlich bliebe aber immer noch der Rechtsweg offen. Herr Lehmann verweist seinerseits nachdrücklich darauf, dass die Kalkulation nicht offen gelegt und der Preissockel nicht verändert werden könne. Im Weiteren erläutert er die Auswirkungen auf den Querverbund.

Die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob die Transparenz nicht nur Preiserhöhungen, sondern auch Preissenkungen beinhalte, wird bejaht.

zu 8.4 Termine Bürgerhaushalt 2010

Vorlage: 09/SVV/0576

Oberbürgermeister, Bereich Zentrale Steuerungsunterstützung

Bezug nehmend auf die dazu ausgereichte Mitteilungsvorlage fragt Frau Dr. Schröter nach den in der Kostenaufstellung enthaltenen 27.800 € für öffentliche Bekanntmachungen. Frau Strotzer erläutert, dass die Verwaltung mit dem Bürgerhaushalt „sehr viel draußen“ sein wolle und hier z. B. Kosten für die Werbung in Straßenbahnen mit enthalten seien. Auf die Nachfrage von Frau B. Müller, wie sich die Kosten im vergangenen Jahr darstellen, entgegnet Frau Strotzer, dass der Umfang 2008 in etwa gleich gewesen sei.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob für diesen Haushalt auch investive Maßnahmen in den Bürgerhaushalt einbezogen werden. Herr Exner führt dazu aus,

dass dies schwer möglich, aber auch nicht ausgeschlossen sei, wie z. B. im Jahr 2007, als das Rathaus Babelsberg unter die top 20 gekommen sei. Im Wesentlichen wolle man sich aber auf steuerbare Projekte beziehen und habe als neuen Beteiligungsgegenstand Vorschläge zum Ausgleich des Haushaltsdefizits aufgenommen.

neu Bericht über die Beratung OBM mit den Ortsvorstehern

Herr Jetschmanegg berichtet über 3 Themen, die ausführlich beraten wurden, so die Entschädigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam, die nach der Beratung im Hauptausschuss ja in die Arbeitsgruppe und in die Ortsbeiräte verwiesen wurde. Seitens der Ortsvorsteher Bendyk, Gutschmidt, Becker und Reiter habe es einen eigenen Vorschlag gegeben; der Betrag setze sich jetzt aus einem Sockelbetrag und einem Betrag für jedes Ortsbeiratsmitglied zusammen und werde in Bezug auf die Entschädigung des Vorsitzenden der StVV mit 15 % gedeckelt. Dieser Vorschlag habe mit 7:1:0 die mehrheitliche Zustimmung unter den Ortsvorstehern gefunden und werde nun verabredungsgemäß in den Ortsbeiräten beraten. Zu der auch an die Ortsbeiräte überwiesene Ehrenamts-konzeption sei die Verabredung getroffen worden, dass diese mit den an der Erarbeitung beteiligten Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung in einem gesonderten Termin beraten und diskutiert wird. Ein weiterer Themenschwerpunkt habe sich auf die Sachaufwendungen der Ortsbeiräte bezogen, die ihnen jährlich für Zuwendungen an die Vereine zur Verfügung gestellt werden. Darin seien für 2009 auch die Mieten für vorhandene Ortsteilbüros bzw. vom Ortsbeirat genutzte Räumlichkeiten enthalten. Diesbezügliche Fragen und Probleme konnten weitestgehend in Zusammenarbeit mit dem KIS ausgeräumt werden. Bezüglich des Antrags, Bürgerhäuser in den Ortsteilen einzurichten, bleibe der Beschluss der StVV abzuwarten. Als drittes Thema ging es um die Vorbereitung des Hoffestes am 29. August 2009 und die Beteiligung der Ortsteile.

zu 9 Sonstiges

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann mit dem Bericht über die Ergebnisse der "Holding-Bildung der Pro Potsdam GmbH" zu rechnen sei, wird auf die Sitzung des Hauptausschusses am 08. Juli 2009 verwiesen.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg, dass zum Workshop Potsdamer Mitte zukünftig der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen eingeladen werde, um damit die Stärke der Fraktionen zu berücksichtigen und nicht wie bisher von jeder Fraktion zwei Mitglieder.

Der Oberbürgermeister meint, dass dies so verabredet worden sei, er sich aber gern noch einmal ein Meinungsbild dazu einholen wolle. Die Berücksichtigung der Fraktionsstärke sehe er aber als unproblematisch, weil in den Workshops Perspektiven entwickelt und Beschlüsse vorbereitet werden. Er werde im nächsten Hauptausschuss zu dem Anliegen informieren.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob die Zusage des Oberbürgermeisters noch „stehe“, das Antragsverfahren zum „Haus des Reisens“ zu stoppen. Dies bestätigt der Oberbürgermeister und verweist auf die Verabredung, erst die Entwürfe zu überarbeiten.